



**STVV: 19.2.26 Top: 16 g Änderungsantrag der Grünen zum
Haushaltssicherungskonzept – Planung Gewerbe- und Grundsteuer 2027
bis 2029, Rede von: Michael Krapp**

Sehr geehrte Stadtverordnetenvorsteherin Christine Deppert,

Sehr geehrte Bürgermeisterin Christine Klein.

Sehr geehrte Damen und Herren des Magistrats,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Gäste

Die aktuelle Haushaltssituation macht erneut die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzepts für die Jahre 27 – 29 notwendig. Der Magistrat hat uns dazu einen Beschlussvorschlag vorgelegt. Dieser sieht für die Jahre 27 – 29 ordentliche Ergebnisse von +6,6 ; +11,1 ; + 4,3 Mio € vor. Nach einem geplanten Verlust von -15,7 Mio € im Haushalt 2026. Dieses Zahlenwerk sei nach Vorgesprächen mit der Kommunalaufsicht wahrscheinlich genehmigungsfähig, so Erster Stadtrat Daum.

Was ist geschehen ? Haben wir es geschafft? Ist der Haushalt in der Zukunft saniert ? Mitnichten !

Das vorliegende Haushaltssicherungskonzept lebt einzig und allein von der Hoffnung das uns die Sanierung wie auch immer in der Zukunft gelingen wird.

Dazu helfen soll die sogenannte „technische Erhöhung“. Im Vorschlag des Magistrats soll die Grundsteuer B nochmals erhöht werden auf 1.660 % Punkte für die Jahre 2027 - 2029. Man kann ja den Bürgern einfach in die Tasche greifen. Es wird schon nicht so schlimm kommen mit einer Erhöhung der Grundsteuer seit 2024 um 269%. Wo bleibt die im Vorjahr diskutierte Rückführung der Grundsteuer ?

Wir vergessen dabei, dass für geschätzt 1/3 der Bensheimer Bürger die Grundsteuer ein nicht zu vernachlässigender Teil Ihrer Wohnkosten ist. Eine zusätzliche Belastung staatlich induziert in Ergänzung zu den sonstigen Kostenbelastungen der letzten Jahre.

Wir schlagen deshalb vor, dass auch im Haushaltssicherungskonzept das geplante Ziel einer Rückführung der Grundsteuer auf das Niveau früherer Jahre abgebildet wird. Wir Grüne schlagen vor im Haushaltssicherungskonzept mit einem leicht sinkenden Grundsteuerhebesatz – und damit leicht sinkenden Steuern - zu arbeiten. Konkret schlagen wir für 2027 einen Hebesatz von 900 Punkte sowie für die Jahre 2028/2029 von 850 Punkte vor.

Das gern verhängte Denk- und Redeverbot zur Höhe der Gewerbesteuersätze gilt für uns nicht. Wir schlagen konkret vor, im Haushaltssicherungskonzept bei der Gewerbesteuer mit einer technischen Erhöhung der Gewerbesteuer für die Jahre 27 – 29 mit einem Hebesatz von 600 % Punkten zu rechnen. Gegenüber dem Vorschlag des Magistrats bedeutet dies für die drei Planungsjahre eine Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses um rund 2 Mio € bei ansonsten unveränderten Annahmen. Dabei haben wir unterstellt, dass ca 70% der zusätzlichen Gewerbesteuer auch dem städtischen Haushalt zufließen.

Auch unser Vorschlag entbindet uns und die zukünftigen Stadtverordneten nicht an der Sanierung der städtischen Finanzen zu arbeiten. Dauerhaft kann ein Hebesatz von 600 % Punkten für die Gewerbesteuer nicht tragbar sein. Sollte sich die Situation stark verbessern, muss es auch nicht zu dieser Erhöhung in 2027 kommen. Es sind Planzahlen. Der Haushalt 2027 wird in der Regel Ende 2026 beschlossen.

Wir sehen zum jetzigen Zeitpunkt ein finanzielles Loch im Planungszeitraum von ca. 13 Mio € jährlich an dem zügig gearbeitet werden muss. Für uns heißt das, wir brauchen Lösungsansätze die spätestens im Haushalt 27 anfangen zu greifen. Hierzu werden wir uns anschauen müssen:

- Das dauerhafte Gewerbesteuer Aufkommen
- Die sinnvolle Höhe des Gewerbesteuersatzes
- Die Chancen aus der demografischen Entwicklung im Team vom Rathaus und den allein schon von daher notwendigen, effizienteren Prozessen
- Beiträge der städtischen Beteiligungen (z.B. GGEW, MEGB, Sparkasse ...)

- Die Eigenbetriebe
- Entwicklung der Zuweisungen von Land und Bund

Die Stadtverordneten hatten im vergangenen Jahr das Rückgrat, den absurden und verrückten Hebesatz Vorschlägen weit über 1.000 % Punkte für die Grundsteuer zu widersprechen und diese auf 1.000 Punkte zu begrenzen. Wir sehen uns darin bestätigt, 2025 nicht der Bürgermeisterin und dem Magistrat gefolgt zu sein.

Bleiben Sie bei dieser Politik und machen sie keine Haushaltspolitik auf dem Rücken der Kleinen.

Wir bitten daher um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.